

Bäderkonzept, Haus der Bildung und die Prüfung um eine mögliche Erweiterung der Müllverbrennungsanlage - Themen, die in Bonn diskutiert werden.

Themen in dieser Ausgabe:

1. Das Bäderkonzept

2. Haus der Bildung

3. Erweiterung der Müllverbrennungsanlage

4. Kinder-Jugend –Schule

- Ausbau von Ganztagsplätzen
- Eine Stadt wirbt für Ausbildungsplätze

5. Soziales

- Modellprojektes zur Heroinabgabe
- Stadthausgespräch Integration

6. Verkehr und Planung

- Hardtbergbahn
- S 13

7. Kultur

8. Stadthausgespräch „Demographischer Wandel“

9. Umwelt

10. Spenden nach der Ehrenordnung

11. Rat

1. Das Bäderkonzept

Derzeit unterhält die Bundesstadt Bonn mit 4 Hallen- und 5 Freibädern sowie einem Kombibad eine Gesamtwasserfläche von 16.800 m² eine große Bäderinfrastruktur. Bei einer Wasserfläche

Wasserfläche von 53,52 m² je 1.000 Einwohner

von 53,52 m² je 1.000 Einwohner liegen wir in der Spitzengruppe vergleichbarer Kommunen; der NRW-Durchschnitt beträgt 46,98 m². Die Kehrseite: Der jährliche finanzielle Aufwand liegt bei über 10.000.000 €, der langfristige Sanierungsbedarf bei 33.000.000 €, was den jährlichen Aufwand nochmals um etwa 1.650.000 € erhöht. Das vorgelegte Bäderkonzept mit dem Vorschlag, am Standort Frankenbad ein neues Familienfreizeitbad zu errichten und das Gelände des Viktoriabades zu vermarkten, ist für uns schlüssig und wir unterstützen es, weil es im Wesentlichen die Bonner Bäderlandschaft erhält:

5 Freibäder bleiben erhalten

Die 5 Freibäder bleiben erhalten. In den Stadtbezirken Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg bleiben außerdem die Hallenbäder bzw. das Kombi-bad bestehen.

Das Frankenbad als Hallenbad des Stadtbezirkes Bonn wird modernisiert erhalten.

Masterplan

Durch die Schließung und Vermarktung eines der beiden Bonner Hallenbäder wird die Bäder-



landschaft verbessert: Für die Sanierung der verbleibenden Standorte wird ein Masterplan mit etwa 950.000 € pro Jahr erstellt. Dieses Verfahren hat sich bereits bei der Sanierung der Schulbauten bewährt. Zusätzlich verbleibt noch ein nennenswerter Beitrag zur Entlastung des gesamtstädtischen Haushaltes in Höhe von ca. 550.000 €. Dies erlaubt es uns auch langfristig, unsere politischen Schwerpunkte, z. B. für bessere Bildung und Betreuung, zu verfolgen. Die Bewirtschaftungskosten des neuen Familienfreizeitbades liegen deutlich unter denen der jetzigen Bonner Hallenbäder. Das geplante neue Familienfreizeitbad verfügt über eine Wasserfläche,

die um ca. 260 m² größer ist, als die derzeitige

Verkaufserlös

Wasserfläche von Franken- und Viktoriabad zusammen. Bei Aufgabe des Viktoriabades und alternativer Nutzung kann mit

einem Erlös von 3,0 Mio. € gerechnet werden, beim Frankenbad dagegen nur mit 1,8 Mio. Der Standort Viktoriabad kann, selbst bei Abriss und Neubau, nicht die zusätzlichen Erweiterungsmöglichkeiten bieten, um Schul- und Vereinsschwimmen und ausreichend Badezeiten für Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Ein Erhalt beider Bäder aber gefährdet die gesamte Bäderinfrastruktur der Bundesstadt Bonn. Diese Argumente haben die Fraktion bewegt, das von der Verwaltung vorgelegte Bäderkonzept zu unterstützen. http://www.spd-bonn-im-rat.de/db/docs/doc_12368_20061129110_1.pdf

2. Haus der Bildung

Das „Haus der Bildung“ soll an der Quantiusstraße errichtet werden .

Volkshochschule, Stadtbibliothek, Stadtmuseum und die Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus sollen dort eine neue zentrale Heimstatt und optimale Arbeitsbedingungen erhalten. Gleichzeitig soll das Alte Stadthaus am Bottlerplatz ganz oder teilweise für Einzelhandel zur Verfügung gestellt werden

Hiergegen erhebt sich Widerspruch.

Die SPD-Fraktion hat gute Argumente, um sich für das „Haus der Bildung“ an der Quantiusstraße und für die Entwicklung des „Bottlerplatzes“ als Standort für großflächigen Einzelhandel auszusprechen. Wir setzen uns für diese Lösung ein .

Bonn „Hauptstadt der Weiterbildung“

Bei einer gemeinsamen Unterbringung lassen sich Räumlichkeiten, Technik, Arbeitsbedingungen und Werbung zum Nutzen aller Einrichtungen verbessern. Die Leistung wird gesteigert, Kosten werden gespart.

Der neue Standort an der Quantiusstraße ist in direkter Nähe des Bahnhofes gut erreichbar. Für alle Nutzer der Einrichtungen, die aus der West- und Südstadt kommen, verkürzen sich die Wege erheblich. Das Rheinische Landesmuseum, das an der Colmantstraße sein attraktives Angebot in isolierter Lage macht, wird besser an die Innenstadt angebunden.

Mehr dazu unter : http://www.spd-bonn-im-rat.de/db/docs/doc_12369_2006112911041.pdf



Um den Trend zur „grünen Wiese“ zu stoppen, müssen die Flächen in zentraler Lage, in der City, geschaffen werden. Diese sind rar.

Es gibt in der Bonner City nur zwei oder drei Standorte, die dafür in Frage kommen. Der Bottlerplatz genießt dabei die erste Priorität, weil er sich in absolut integrierter Lage befindet und Kaufkraft und Käuferströme zurück in die City holen wird

Mit der Entscheidung für das „Haus der Bildung“ an der Quantiusstraße können Flächen am Bottlerplatz kurzfristig (ca. 2 Jahre) für den Einzelhandel freigemacht werden.

Alle anderen in Frage kommenden

Standorte würden frühestens in fünf bis 10 Jahren für weitere Einzelhandelsflächen zur Verfügung stehen – in dieser Zeit entwickeln sich im Umfeld von Bonn Konkurrenzstandorte: Kaufkraft geht dauerhaft verloren, Arbeitsplätze werden gefährdet.

Gute Mischung von Kultur und Handel in der City

Haus der Bildung an der Quantiusstraße, mehrere Theater in der City, Bonner Sommer, Lesungen in Buchhandlungen...: Kulturelle Angebote werden gestärkt, wenn das „Haus der Bildung“ auch als Ort von kulturellen Veranstaltungen arbeiten kann.



„Wer will dass alles so bleibt wie es ist, will im Grunde nicht dass es bleibt.“ (Erich Fried)

Standort Quantiusstraße

Es gibt in zentraler Lage keine andere Liegenschaft, das „Haus der Bildung“ zu realisieren. Am Bottlerplatz stehen nicht ausreichend Flächen zur Verfügung, Flächen am Bahnhof sind immer noch nicht geplant, geschweige denn realisiert.



Großflächiger Einzelhandel am Bottlerplatz

Bonn benötigt in zentraler Lage weitere Flächen für den großflächigen Einzelhandel. Am Bottlerplatz kann der Denkmalschutz gesichert werden. Es gibt zahlreiche Beispiele in Bonn, wo eine Umnutzung von Gebäuden erfolgt und der Denkmalcharakter erhalten geblieben ist.

Bonn verliert zuviel Kaufkraft an das Umland. Grund sind fehlende attraktive Handelsangebote. Alle Untersuchungen zeigen, dass insbesondere im Bereich Elektronik und Damenoberbekleidung Angebote fehlen.

3. Erweiterung der Müllverbrennungsanlage in Bonn soll geprüft werden

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn möchte das Beste für Bonn und seine Umwelt, daher wollen wir mit einer Machbarkeitsstudie unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten eine mögliche Erweiterung der Bonner Müllverbrennungsanlage (MVA) prüfen lassen. Das hat der Unterbezirksparteitag am 30.9.06 beschlossen.

Neben der Prüfung einer eventuellen Erweiterung der MVA fordern wir weitere Maßnahmen für eine zukunftsorientierte umwelt- und klimaschonenden Energiewirtschaft. Dazu gehören u. a. die Beschleunigung der Planungen der Biomassekraftwerke und ein Programm für mehr Energieeffizienz, denn für uns gehört die mögliche Erweiterung in das Gesamtpaket einer nachhaltigen Energiepolitik in Bonn.

Nachhaltige und soziale Politik sind auch der Grund, warum die SPD-Fraktion die Prüfung überhaupt will.

Region nicht mit Müllverbrennungsanlagen zupflastern

Durch gute Umweltpolitik und Müllvermeidung haben sich die Abfallmengen in Bonn erheblich vermindert. Die frei gewordenen Kapazitäten der MVA wurden vorwiegend mit Müll aus der Umgebung ausgelastet. Das hat mit dazu beigetragen, dass nicht mehrere kleine Anlagen in der Region gebaut wurden.

Zusammenarbeit mit kommunalen Entsorgern der Region

Durch künftige Zusammenarbeit mit den kommunalen Entsorgern der Region, auch aus dem nördlichen Rheinland-Pfalz, wo es keine Anlagen gibt, könnten wir größere Kapazitäten auslasten. Wenn wir und andere früher aus den unseeligen Schreiber-Verträgen herauskämen, wäre eine regionale Kooperation schon früher möglich.

Thermische Behandlung ist die ökologisch unbedenklichste Art der Entsorgung

Die thermische Behandlung des Restmülls ist die im großen Maßstab sinnvollste und auch ökologisch unbedenklichste Art der Entsorgung.

Durch den Ausbau wird eine kaum messbare Steigerung der Schadstoffemissionen und Immissionen bewirkt - insgesamt werden weniger Schadstoffe in der Luft der Region festgestellt werden.

Die Schadstoffemissionen der Anlage liegen derzeit weit unter den Grenzwerten, bei Dioxinen und Furanen um Zehnerpotenzen.

Wenn Bonn nicht erweitert, erweitern andere.

Der Bedarf an Kapazität ist da, auch in der Region. Wenn Bonn nicht erweitert, erweitern oder bauen andere. Wenn wir unsere MVA erweitern, bestimmen und kontrollieren wir in Bonn die Qualität der Filtertechnik.

Klimaneutrale Stromerzeugung in Bonn

Das Heizkraftwerk der Stadtwerke kann mehr Strom erzeugen. Damit wird Bonn ein Stück unabhängiger von den Stromlieferungen der großen Monopolisten. Diese Stromerzeugung ist weitgehend klimaneutral. In der MVA werden keine fossilen Brennstoffe verheizt werden.

Gute Verkehrsanbindung der MVA mit Schienenanschluss

Bei Erweiterung der MVA ist ein Schienenanschluss wirtschaftlich. Der LKW-Verkehr kann reduziert werden. Die Schlacke und Müll werden aus Gebieten mit guter Schienenanbindung an- und abgefahren.

Anlage wird dann wirtschaftlicher arbeiten – gut für Bonns Gebührenzahler!

Die derzeitige Anlage muss in den kommenden Jahren revidiert werden, d.h. es ist mit vermehrten Stillständen zu rechnen. Bei einer zusätzli-

chen neuen Verfahrenskette könnten wir das kompensieren. Die Anlage kann

wirtschaftlicher betrieben werden, das kommt der Stadt und ihren Gebührenzahlern zu Gute.

Unabhängigkeit von privaten Entsorgern ausbauen - Sicherung von Arbeitsplätzen –

Der Ausbau der MVA schafft mehr Unabhängigkeit von privaten Entsorgern.

Bestehende Arbeitsplätze werden gesichert, neue Arbeitsplätze werden geschaffen.

Das wird ein Investitionsschub für die Wirtschaft in der Region geben.

Diese Argumente haben die Fraktion bewogen, den Ausbau der MVA prüfen zu lassen. Umweltpolitik und wirtschaftliche Überlegungen dürfen nicht an der Stadtgrenze enden. Packen wir's also an!



Wolfgang Hürter, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Mehr dazu unter: <http://www.spd-bonn-im-rat.de/db/docs/>



4. Kinder - Jugend - Schule

SPD-Ratsfraktion baut das Schwerpunktthema Familienpolitik weiter aus: Ausbau der Ganztagsplätze von dem ersten Lebensjahr bis zur Einschulung

Familienpolitik wird in den letzten Jahren im Bonner Stadtrat groß geschrieben. Die Ergebnisse sprechen für sich: 20 % der Kinder unter drei Jahren werden bis 2008 betreut werden können, bereits jetzt haben wir für über 40 % der Kinder einen Platz an einer Kindertagesstätte und ab dem Schuljahr 2007/08 sind es 44 % an einer Offenen Ganztagschule - Tendenz steigend. Und der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wird weiterhin für alle Kinder in Bonn erfüllt. Das ist gut, muss aber noch ausgebaut werden. Denn das Ziel lautet: Wir wollen

die kinderfreundlichste Stadt werden.

Dafür hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn mit ihren zuständigen Sprechern Gieslint Grenz und Ernesto Harder in den letzten Sitzungen des Jugendhilfe- und des Schulausschusses Anträge auf den Weg gebracht, die den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen in Bonn voranbringen werden. Die Verwaltung wurde gebeten, Konzepte für ganz Bonn vorzulegen, wie Plätze im U-3-, Kindergarten- und Ki-Ta-Bereich ausgebaut werden können. Dabei soll die Verwaltung möglichst schnelle und unbürokratische Lösungen vorstellen. So wurde bereits in der letzten Woche die Umwandlung von Kindergarten-Gruppen in Kindertages-

gruppen in drei Einrichtungen beschlossen, außerdem auch, auf Antrag der SPD-Fraktion, die Einführung von reinen U3-Gruppen. So werden nun Gruppen von acht bis zehn Kindern unter drei Jahren eingerichtet, die den hohen Bedarf weiter abdecken werden.

Diese Beschlüsse wurden gemeinsam mit dem Ziel, die Ganztagsangebote im Schulbereich in der Sekundarstufe I aus- bzw. aufzubauen, auf der Klausurtagung der SPD-Ratsfraktion Ende Oktober diskutiert und festgelegt. Familien- und Bildungspolitik ist und bleibt damit das Schwerpunktthema der SPD-Ratsfraktion in Bonn.

Mehr Infos aus dem Jugendbereich unter: http://www.spd-bonn-im-rat.de/db/docs/doc_12362_2006112823429.pdf

• SPD – Fraktion im Rat der Stadt Bonn fordert Kampagne „Eine Stadt wirbt für Ausbildungsplätze“

In ihrer Sitzung am 16.10.2006 hat sich die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn mit der Ausbildungssituation in Bonn und der Region auseinander gesetzt.

Dazu Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn: „Die Zahlen, insbesondere die mittlerweile ergänzten Zahlen der Agentur für Arbeit und des Ausbildungskonsenses machen deutlich, dass die Situation im Hinblick auf die zurzeit gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber weniger dramatisch als in anderen Regionen ist. Gleichwohl ist es Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte, auch diesem verbliebenen Bewerberkreis zu einem Angebot zu verhelfen.“ Als erster Schritt werden die Stadt und ihre Töchter gebeten, in enger Abstimmung mit den Beteiligten des Ausbildungskonsenses noch für dieses Jahr zusätzliche Ausbildungsstellenangebote zu unterbreiten.

Darüber hinaus gehend haben sich die Mitglieder der Fraktion bereit erklärt, Ausbildungspatenschaften zu übernehmen.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kurt Beck, hat für die

Übernahme solcher Patenschaften geworben und dabei auf seine guten Erfahrungen als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz mit diesem Instrument verwiesen.

In der Region wird seit November 2005 in St. Augustin das Projekt „Patent für Ausbildung“ praktiziert. Ausbildungspaten begleiten Jugendliche bereits in der Vorbereitungs- und Bewerbungsphase bis zum Ende des ersten Ausbildungsjahres. Sie werben um Ausbildungsplätze, und dies vor dem konkreten Lebenshintergrund der Jugendlichen. Dies geschieht in enger Abstimmung z. B. mit der Berufsberatung. Zu Beginn der Patenschaft schließen beide Seiten einen Vertrag und verpflichten sich wechselseitig zur Einhaltung der darin getroffenen Regeln.

„Das Eingehen einer Patenschaft geht über das bloße Appellieren an Jugendliche und Betriebe weit hinaus“, so Wilfried Klein. „Wir wollen deutlich machen, dass die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft ist. Es soll außerdem denjenigen Mut gemacht werden, die sonst resignieren oder schon resigniert haben. Das gilt für die Jugendlichen selbst, ihr familiäres und soziales Umfeld, aber auch für eine Vielzahl von Handwerks- und sonstigen kleineren Betrieben.“

5. Soziales und Integration

CDU und CSU im Bundestag lehnen Fortführung des Modellprojektes zur Heroinabgabe ab - SPD: „Entscheidung zu Lasten der Kranken“

Am Widerstand von CDU und CSU im Bundestag ist die Fortführung des zurzeit laufenden Modellprojektes zur Heroinabgabe an Schwerstabhängige gescheitert. Lediglich die Patienten, die sich in der Studie befinden, sollen weiter behandelt werden können. Dies wurde gestern aus Berlin bekannt. Damit ist die Chance, über eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes den Schwerstabhängigen ein lebenswertes und sozial eingebundenes Dasein zu ermöglichen, vertan. „CDU und CSU auf Bundesebene tragen damit die alleinige Verantwortung dafür, dass schwerstkranke Heroinabhängige mit langjähri-

ger Drogenkarriere wieder auf die Straße geschickt werden, um sich ihre illegale Droge zu besorgen. Wider besseren Wissens - auch der CDU sind die positiven Ergebnisse der Studie bekannt - werden gesundheitliche Gefährdung, Todesfälle, Beschaffungskriminalität und Obdachlosigkeit in Kauf genommen.“ so Bonns Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber und die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn in einer gemeinsamen Erklärung. Die Vorsitzende des Sozialausschusses des Bonner Stadtrates, Barbara Ingenkamp, dazu: "Die Zulassung eines Medikamentes zu blockieren und damit das einzige wirkliche Hilfsmittel den Schwerstheroinabhängigen zu verweigern, grenzt für mich an zynische Menschenverachtung". Für die Städte, die das Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger durchgeführt und positive Ergebnisse

erreicht haben, sei das eine enorme Enttäuschung; denn diese hätten auf eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes und die Zulassung von Diamorphin als Medikament gehofft. Die Sozialdemokraten weisen daraufhin, dass die Heroinbehandlung hinsichtlich des gesundheitlichen Zustandes und des Rückgangs von illegalem Drogenkonsum der Methadonbehandlung deutlich überlegen ist; dies sei durch die bisherigen Ergebnisse der laufenden Studie belegt. Außerdem sprechen viele, gerade Schwerstabhängige, auf eine Methadonbehandlung als Alternative nicht an.

Nur noch für die Probanden der Studie soll, so die Meldungen aus Berlin, eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, damit sie weiter mit Diamorphin behandelt werden können. Die Finanzierung soll dabei aber den Kommunen überlassen werden.

• Stadthausgespräch der SPD-Fraktion Zuwanderung als Chance und Bereicherung für das internationale Bonn

Großes Echo fand das „Stadthausgespräch“, zu dem die SPD-Fraktion am 26.10.2006 eingeladen hatte, um die von ihr erarbeiteten Leitlinien und Grundsätze für ein Bonner Integrationskonzept vorzustellen und gemeinsam mit Experten zu diskutieren.

„Angesichts des demographischen Wandels sehen wir die Zuwanderung nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance und Bereicherung für das internationale Bonn. Wir brauchen diese Zuwanderung, um die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen erhalten zu können. Das junge Alter der Zuwanderer und ihrer Familien, die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt wollen wir in Bonn nutzen und darauf unserer Konzept aufbauen“, erklärte Barbara Ingenkamp, die Vorsitzende des Ausschusses für

Soziales, Migration, Gesundheit und Wohnen, zu Beginn.

Barbara Ingenkamp:

„Integration muss intensiv angegangen werden. Deshalb besteht ein vordringlicher Handlungsbedarf in der Sprachvermittlung, der vorschulischen und schulischen Integration, der beruflichen und kulturellen Integration, dem Aufbau starker gemeinsamer Nachbarschaften und der interkulturellen Öffnung von Einrichtungen und Diensten“.

Das vorgestellte Konzept stieß bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf große Zustimmung, unter denen zahlreiche Migranten, Vertreter von Moscheen und Migrantenorganisationen waren. „Wir wollen uns aktiv an einem gemeinsamen Integrationskonzept für Bonn beteiligen und Familien und besonders die Frauen auffordern,



die Maßnahmen, die es jetzt schon in Bonn gibt, wahrzunehmen. Bildung ist der einzige Weg zur Integration und die einzige Chance für unsere Kinder“. Das wurde mehrfach in Diskussionsbeiträgen geäußert. Der Wunsch nach einem städtischen Integrationskonzept, die Beteiligung

und Mitwirkung am geplanten Konzept der Stadt, „Integration mit Migranten und nicht für Migranten“, eine Regelung des islamischen Religionsunterrichtes und eine stärkere Anerkennung der

großen Integrationsleistungen, die schon jetzt in Schulen oder Sportvereinen erbracht werden, waren weitere Themen.

Die beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten versprachen sich für ein gesamtstädtisches Integrationsprogramm einzusetzen. Sie stellten heraus, dass bei der Umsetzung von Integrationsmaßnahmen darauf geachtet werden muss, dass Integration eine Querschnittsaufgabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ist.

6. Verkehr / Planung

• **Hardtbergbahn - Zukunftsprojekte der Stadt benötigen breite Mehrheiten**

Werner Esser, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hat in einer Pressekonferenz zusammen mit seinem CDU-Kollegen Georg Fenninger über die Absichten der beiden Fraktionen zur Hardtbergbahn vorgestellt.



Werner Esser: „Ein attraktiver Nahverkehr ist ein wichtiger Standortvorteil von Bonn. Der Ausbau des ÖPNV dient dem Klimaschutz“.

Vor 6 Jahren hatte es schon einen Kompromiss

von SPD/CDU mit einem Ratsbeschluss vom 31.01.2002.

Hardtbergbahn ja, mit der Tieferlegung der Straßenbahnlinie 61/62 und der Nutzung des vorhandenen Tunnels gegeben.

Damit wird die Kreuzung Berliner Platz / Stadthaus entlastet, die abbiegende Straßenbahn fällt weg. Der Baubeginn sollte 2005 sein.

Das Ergebnis: In Bonn wird viel diskutiert und wenig gehandelt. Der Stillstand wird jetzt überwunden.

In Köln wurde in den letzten 5 Jahren die Nord-Süd-Bahn (U-Bahn) gebaut. Die Kosten belaufen sich bisher auf ca. 885 Millionen Euro.

Die Kosten der Hardtbergbahn waren im Jahr 2002 mit 205 Millionen Euro veranschlagt.

Die Vorteile einer Straßenbahn schätzen die Benutzer. Sie ist bequemer, schneller, kann mehr Perso-

nen transportieren und ist umweltfreundlicher als Busse. Es gibt weniger Personalkosten. Der 1. Bauabschnitt der Hardtbergbahn wird in den nächsten Jahren realisiert werden mit dem Tunnel unter der Poppelsdorfer Allee bis in den Bonner Talweg.

Länge: 490 Meter, Baukosten: ca. 35 Mio Euro.

Es gibt noch das Problem der Rampe am Bonner Talweg (Petruskrankenhaus). Daran wird gearbeitet. Es sollte ein lösbares Problem sein.

Auch die Autobahnabdeckung ist lösbar mit dem Ausbau der A 565. Die Konzentration der Finanzierung liegt auf dem 1. Bauabschnitt. In Köln wird derweil bereits die Anmeldung für einen weiteren U-Bahnausbau für eine "Nord-Süd-Bahn" im Regionalrat vorangetrieben.

Die Bezirksregierung muss lernen, dass der Regierungsbezirk nicht nur aus Köln besteht. Die politischen Mehrheiten von SPD und CDU in Stadt und Bund machen eine Realisierung möglich. Die Finanzierung ist gesichert.

Die Bevölkerungsentwicklung in der Region ist positiv. Die Region Bonn ist eine der wenigen Regionen mit Wachstum. Die Bahn zum Hardtberg ist sinnvoll.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion dazu unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/06/0612910AA3.htm

Weitere Information dazu unter:

http://www.spd-bonn-im-rat.de/db/docs/doc_12423_200612594937.pdf

S 13 wird als gemeinsames Projekt kommen. SPD Rhein-Sieg und Bonn im Schulterschluss.

Bei einem gemeinsamen Gespräch stellten Dietmar Tendler, verkehrspolitischer Sprecher der Rhein-Sieg-SPD-Fraktion, und sein Bonner Pendant, Werner Esser, fest, dass die S 13 so schnell wie möglich gebaut werden müsse und unnötige Diskussionen, wie in der Vergangenheit von Landrat Kühn angestoßen, das Projekt nur gefährdeten. Bei knapper werdenden Finanzmitteln werde die Auseinandersetzung um Mittel für den Schienenausbau in NRW und im Bund härter. Es würden nur noch die Maßnahmen zum Zuge kommen, die in der Region einhellig befürwortet würden. „Deshalb“, so Esser und Tendler, die beide auch Mitglieder der Gremien des des Verkehrsverbundes Rhein-

Sieg sind, „warten andere Regionen nur auf unsere Uneinigkeit. Gut ist, dass es die Bestellergarantie gibt, denn mit dieser Erklärung und der vertraglichen Absicherung werden die Kosten des Betriebs der S 13 übernommen. „Die S 13 wird nicht nur zur Flughafenbindung gebraucht, sondern auch, um die rechtsrheinischen Wohngebiete anzuschließen. Bei weiterem Bevölkerungswachstum brauchen wir Verbindungen in neue Wohngebiete, u. a. dem Wohnpark St. Augustin“, so die beiden sozialdemokratischen Verkehrspolitiker. Werner Esser fügte noch hinzu, dass die Stadt Bonn eine der wenigen Städte sei, die bisher noch nicht an das S-Bahnnetz (20 Minuten-Takt) angeschlossen sei.

In der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn besteht die Möglichkeit, ein Praktikum zu machen.

Bewerbungen bitte an die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Altes Rathaus, 53111 Bonn oder per E-mail: spd.ratsfraktion@bonn.de

Für das Praktikum gibt es keine Vergütung.
Dauer des Praktikums: Ca. 3 Monate.

7. Kultur

Zusammenarbeit der Stadtbibliotheken soll geprüft werden - SPD weiter erfolgreich auf dem Weg der regionalen Zusammenarbeit

Nachdem die SPD-Fraktionen in den Räten von Köln und Bonn bereits das Thema einer gemeinsamen Tanzcompany per Antrag angestoßen haben, wird jetzt über eine Zusammenarbeit der städtischen Bibliotheken diskutiert.

„Wir sitzen regelmäßig mit den Kölner Kolleginnen und Kollegen zusammen und erörtern kulturpolitische Fragestellungen beider Städte. Wo es Sinn macht und für beide Städte Vorteile bringt arbeiten wir auch an Modellen einer Zusammenarbeit“, sagt Bärbel Richter, kulturpolitische Sprecherin aus Bonn. „Ich bin sehr froh, dass wir diesen ständigen Gedankenaustausch eingeführt haben und aus den Diskussionen auch mit konkreten Projekten die politische Willensbildung voranbringen. Regionale Zusammenarbeit ist das Gebot der Stunde. Köln, Bonn und Siegburg haben hervorragende Bibliotheken, daher sind die einzelnen Vor- aber auch Nachteile der Zu-

sammenarbeit sehr sorgsam abzuwägen. Es ist vor allen Dingen notwendig, verantwortungsvoll und vertrauensvoll miteinander umzugehen und die Projekte zu finden, die Vorteile für beide Partner deutlich machen“, sagt Dr. Hans-Georg Bögner, kultur- und medienpolitischer Sprecher der Kölner SPD-Fraktion. Eine Zusammenarbeit der Bibliotheken aus Köln und Bonn, vielleicht erweitert durch Siegburg, könnte über den gemeinsamen Leihverkehr, den gemeinsamen Einkauf und den Abgleich der Bestände organisiert werden und als Zukunftsmodell vielleicht sogar in einer gemeinsamen Organisationsstruktur münden. Erfreut zeigen sich die kulturpolitischen Sprecher aus Köln und Bonn darüber, dass aufgrund der politischen Initiative der SPD die Verwaltungen der drei Städte auch schon konstruktiv über eine Zusammenarbeit nachdenken.

8. Stadthausgespräch zum Demographischen Wandel

Die SPD-Fraktion hatte eingeladen, das wichtige Thema der „Nachbarschaftszentren“ für Stadtviertel zu diskutieren. „Nachbarschaftszentren“ sind in einer Gesellschaft, die nicht mehr von Großfamilien und funktionierenden Nachbarschaften geprägt ist und die durch den demographischen Wandel ganz neue Bedürfnisse und Möglichkeiten bietet, die richtige Antwort. Bonn erlebt zwar auch die Zunahme der Anzahl älterer Menschen, aber in einer Stadt, in der die Anzahl der jungen Familien ebenfalls wächst, haben beim Ausbau der Betreuungskette ältere Menschen auch wieder eine tragende Rolle.

„Für die 3 B, wie wir sie gerne nennen: Begegnung, Betreuung und Beratung gilt es, Orte zu finden. Wir haben in unserem Stadthausgespräch tolle Beispiele kennen gelernt. Wege, wie sie das Nachbarschaftszentrum in Friesdorf gegangen ist, vom einstigen Seniorentreff zum Zentrum, in dem auch viele Kinder eine Rolle spielen, sind beispielhaft. Aber auch die OGS zeigt, wie viel man in den



Ortsteilen vernetzen kann. Es geht jetzt darum, von diesen Beispielen zu lernen und dafür Sorge zu tragen, dass nicht Förderrichtlinien und andere bürokratische Hemmnisse den Weg versperren.“ so Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Moderator der Veranstaltung und Mentor für das Thema Nachbarschaftszentren in seiner Fraktion.

„Wir werden uns als Fraktion jetzt auf den Weg machen, um die Rahmenbedingungen für einen Ausbau des Grundmodells „Nachbarschaftszentrum“ zu schaffen. Wir wollen Bestehendes fördern und Neues schaffen, wo es gebraucht wird. Wir sind uns sicher, dass Bonns Angebot an Betreuung und Beratung ins-

gesamt so gut ist, dass wir an kaum einer Stelle etwas völlig Neues aufbauen müssen; wir müssen es aber besser vernetzen.“ so Wilfried Klein weiter.

Anstoß für das Stadthausgespräch war eine Projektgruppe der SPD Fraktion, die sich mit dem Demographischen Wandel und seinen Erfordernissen befasst hat und sich darauf festlegte, dass Nachbarschaftszentren bei der Bewältigung dieses Wandels eine zentrale Rolle spielen.

Bericht der Kommission :

Abschlussbericht der Projektgruppe „Demographischer Wandel unter:

http://www.spd-bonn-im-rat.de/db/docs/doc_12411_200612412546.pdf

Modellprojekt der Bundesregierung „Mehrgenerationenhäuser“ unter: <http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Familie/mehrgenerationenhaeuser.did=69144.html>



9. Umwelt

Gentechnik und ökologischer Landbau

Die SPD-Ratsfraktion hat in einem Antrag ein Anbauverbot für Genpflanzen gefordert. Neue Pachtverträge mit der Stadt Bonn sollen mit der Auflage verbunden werden, kein gentechnisch produziertes Saat- und Pflanzengut auf den landwirtschaftlichen Flächen auszubringen. Gleichzeitig soll die Landbewirtschaftung auf ökologischen Landbau umgestellt werden. Bei bereits bestehenden Pachtverträgen soll die Stadt Bonn den Pächter/die Pächterin ermuntern, die Bewirtschaftung der Flächen von Lebens- und Pflanzenproduktion auf ökologischen Landbau umzustellen und keinen Anbau mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) zu betreiben. Der Einsatz von Gentechnik kann das Erbgut von Pflanzen und Tieren verändern: „Die Folgen für Mensch und Umwelt sind bis heute nicht geklärt“, sagt der umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Wolfgang Hürter. Ratsfraktion Wolfgang Hürter. Die Ausbringung genveränderter Organismen kann nicht rückgängig gemacht werden. Denn wegen der natürlichen Wind- und Insektenbestäubung ist eine „Koexistenz“ von genfreien und GMO-Anbauflächen unmöglich.

„Diesem Risiko dürfen wir die Bonnerinnen und Bonner nicht aussetzen“, ist Hürter besorgt. „Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf, unbelastete Lebensmittel zu kaufen“, sagt Bonns Bundestagsabgeordneter Uli Kelber, der den Antrag unterstützt.

Antrag Gentechnik und ökologischer Landbau, Drs: 0612894

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/oftm/06/0612894.htm

Stellungnahme der Verwaltung

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/oftm/06/0612894ST3.htm

Änderungsantrag:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/oftm/06/0612894AA6.htm

Übersicht über die Beratungsergebnisse des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz am 21.11.06 unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/oftm/06/0613222SO.htm

10. Spenden nach der Ehrenordnung

SPD-Ratsfraktion spendet über 10.000 Euro an OGS-Schulen und soziale Einrichtungen

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn haben auch in diesem Jahr wieder Teile ihrer Aufwandsentschädigungen nach der Bonner Ehrenordnung gespendet.

Bisher sind über 10.000,00 Euro zusammengekommen, die in diesem Jahr vor allem Schulen zu Gute kommen, die als OGS-Schulen gestartet sind.

6.800,00 Euro sind für die OGS-Betreuung an 17 Bonner Grundschulen verteilt worden bzw. werden noch verteilt.

Aber auch soziale Einrichtungen wie die AWO Bonn, Bad Godesberg, Beuel und Duisdorf dürfen sich über einen Spendenscheck freuen. Weiterhin bedacht wurden die Kindertagesstätte des vfg in der Kleinfeldstraße in Holz, das Frauenhaus, pro familia und die Gedenkstätte Bonn. „Unsere Stadtverordneten führen alle Gelder nach der Bonner Ehrenordnung ab. Dadurch ha-

ben wir die Möglichkeit, wichtige Projekte und Organisationen zu unterstützen. Im letzten Jahr standen dafür rund 12.500,00 Euro zur Verfügung. Wir hoffen, dass wir in diesem Jahr auf einen ähnlich hohen Betrag zurückgreifen können.“ so Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn.



11. Letzte Ratssitzung 2006

Die letzte Ratssitzung im Jahr 2006 findet am 14.12.2006 um 18.00 Uhr statt.

Stadthaus, Berliner Platz, Ratsaal,

Tagesordnung unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/oftm/06/0613289TO.htm



Die SPD-Fraktion wünscht Ihnen und Ihrer Familie ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches 2007!

Impressum: **Bonnews**, November/ Dezember 2006

V.i.S.d.P.: SPD-Stadtratsfraktion, Ulla Lührs, Markt 2, 53111, Bonn, Tel.: 775101,

Internet: <http://www.spd-bonn-im-rat.de>, e-mail: spd.ratsfraktion@bonn.de,

